

Meinungsrepräsentation

Entscheidender als die sozialstrukturelle Repräsentation ist daher die Frage, ob die Einstellungen und Meinungen der Parteimitglieder den Einstellungen und Meinungen ihrer jeweiligen Wählerschaft entsprechen. Und hier zeigen die Ergebnisse der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009, dass es in diesem Punkt eine hohe Kongruenz zwischen der Mitglieder- und Wählerbasis der deutschen Parteien gibt, wenn man die sicherlich etwas unterkomplexe, aber dennoch aussagekräftige ideologische Selbstverortung auf einer Links-Rechts-Skala zum Maßstab nimmt. Zwar vertreten die Mitglieder der einzelnen Parteien häufig eine pointiertere Position als ihre jeweiligen Wähler: Sie stehen rechts von ihnen, wenn es sich um bürgerliche Parteien handelt, hingegen weiter links, wenn es die Parteien des linken Spektrums betrifft. Wirklich verwundern kann dieses Ergebnis jedoch nicht: Warum sollte man auch in eine Partei eintreten, wenn man nicht die grundsätzliche Ausrichtung der Partei pointierter vertritt, als dies die durchschnittlichen Wähler der Partei tun?

Entscheidender sind in diesem Zusammenhang zwei Befunde: Die mittlere Links-Rechts-Position aller Mitglieder der deutschen Bundestagsparteien entspricht exakt der mittleren Position in der gesamten Bevölkerung, während gleichzeitig die Streuung der ideologischen Positionen unter Parteimitgliedern nur geringfügig größer ist als in der Bevölkerung insgesamt. Die Einstellungen und Meinungen der deutschen Parteimitglieder sind daher in ihrer Gesamtheit durchaus ein getreues Abbild der Gesellschaft. Zudem zeigt der Vergleich zu den Ergebnissen der Potsdamer Parteimitgliederstudie von 1998, dass sich Wähler und Mitglieder der einzelnen Parteien in ihren mittleren ideologischen Positionen stark angenähert haben. Wenn man also überhaupt Repräsentationsdefizite konstatieren will, dann gehört es zu der empirischen Wahrheit, dass diese Defizite sich im Zeitverlauf deutlich abmildern. In jedem Fall kann im Sinne einer Repräsentation von Meinungen und Einstellungen der Bevölkerung durch die Mitglieder der Parteien davon gesprochen werden, dass es mit ihr weit besser bestellt ist, als vielfach behauptet wird.

Karsten Rudolph

Sozialdemokratische Debattenkultur

Über lange Zeit vermochte es die westdeutsche Sozialdemokratie, den politisch-kulturellen Diskurs in der Bundesrepublik zu prägen. Diese Fähigkeit ist ihr abhanden gekommen. Welche Strategie zur Wiedergewinnung der politischen Meinungsführerschaft sollte sie verfolgen?

Es gab einmal eine Zeit, da beanspruchte die SPD, stellvertretend für die ganze Gesellschaft, überfällige Kontroversen auszutragen. Ob Arbeitsplätze oder Umweltschutz, Atomkraft oder erneuerbare Energien, Konsumverzicht oder Massennachfrage, Gleichstellung oder Emanzipation, Nachrüstung oder Abrüstung, Risikoge-



Karsten Rudolph

(* 1962) ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte und vertritt z.Z. den Lehrstuhl für Sozialgeschichte und soziale Bewegungen an der Ruhr-Universität Bochum.

karsten.rudolph@rub.de

sellschaft oder moderner Sozialismus – in der SPD der 80er Jahre wurde debattiert, gestritten, gerungen und dies mit allen Regeln der Kunst vom kleinsten Ortsverein bis in den Parteivorstand und wieder zurück. Das, was manchen Kritikern als überflüssige Selbstbeschäftigung erschien, galt den meisten Parteimitgliedern als Alltagsbeweis dafür, in einer linken Volkspartei mitzuwirken. Als politische Drückerkolonie ließ sich die aktive Mitgliedschaft nicht einsetzen. Wer andere überzeugen wollte, wollte selbst überzeugt sein.

Unter der schützenden Hand von Willy Brandt suchte der Bundesgeschäftsführer Peter Glotz aus dieser Lage eine Strategie zu machen, die die Partei aus der Opposition wieder in die Regierung brachte. Die innerparteiliche Debatte sollte nicht in den Hinterzimmern der Gasthäuser sondern auf offenen Foren im ganzen Land geführt werden. Etwas, was Glotz im Bonner Erich-Ollenhauer-Haus vormachte, zum Beispiel zu Themen wie Arbeit und Technik, auf denen die »neue technische Intelligenz« erreicht und mit Betriebsräten, Intellektuellen, Kulturschaffenden sowie Kirchenoberen zusammengebracht wurde. Gesellschaftliche und intellektuelle Debatten sollten in der SPD zusammengebracht, dort zu brauchbaren politischen Konzepten verarbeitet und in die politische Arena getragen werden. Die SPD sollte – so Peter Glotz mit Rückgriff auf den italienischen Politiker und Philosophen Antonio Gramsci – an der Rückeroberung der kulturellen Hegemonie arbeiten, um gegen die seit Mitte der 70er Jahre einsetzende neokonservative Tendenzwende bestehen zu können. Die Begriffe, die Glotz in die Debatte warf, um Weltbilder zu prägen, mochten manchen Praktikern nicht einleuchten und eigneten sich nicht für die Pressemitteilung. Doch auch Karl Schiller hatte die Wähler 1969 nicht geschont, wenn er auf großen Wahlkundengebungen von antizyklischer Konjunkturpolitik und Globalsteuerung sprach. Warum sollte sich dann nicht über die »an-

tagonistische Kooperation« der reformorientierten Arbeiterbewegung mit Unternehmern sprechen lassen, die den rheinischen Kapitalismus anders als ihre angelsächsischen Konkurrenten nicht sogleich aufgegeben wollten? Und weil sich in den USA und in Großbritannien die Alternative zum sozialstaatlich gebändigten Kapitalismus Westeuropas etablierte, die asiatischen Tiger in einer konzertierten Aktion aus Großunternehmen und Staatslenkung zum Sprung ansetzten, wurde auch den deutschen Sozialdemokraten hinlänglich klar, dass es um eine Debatte über das zukünftige europäische Selbstverständnis gehen musste.

Insoweit stand die westdeutsche Sozialdemokratie nach dem Verlust der Regierungsmacht in Bonn immerhin im Zentrum der relevanten gesellschaftlichen Debatten, ihre Vertreter wussten neben den intellektuellen Wortführern der Nation etwas zu sagen und die Partei vermochte den politisch-kulturellen Diskurs über weite Strecken zu prägen sowie Richtungsfragen zu definieren.

Erkaltung des politischen Diskurses

Eine Generation später hat sich das Bild vollständig gewandelt, so als wären die heute Handelnden nicht in den 80er Jahren politisch groß geworden. In der politischen Arena sind öffentliche Intellektuelle kaum noch anzutreffen. Sie dienen entweder als Moralapostel oder Ratgeber für die Suche nach dem privaten Glück oder verbringen ihre Zeit in den intellektuellen Nestern von Graduiertenkollegs und Exzellenzinitiativen, wenn sie nicht ab und zu von Stiftungen und Akademien vor ein politisch zwar noch rasonierendes aber an sich parteifernes, großstädtisches Publikum gebeten werden. An die Stelle der großen sozialen Bewegungen, die die Parteien dazu zwangen, diskursiv Rechen-

schaft über ihr Tun und Wollen abzulegen, ist die wöchentliche Umfrage getreten, die ihre Erklärung nicht aus überzeugenden Argumenten sondern aus Stimmungen, Haltungen und Ereignissen gewinnt.

Nicht, dass die Politik wissenschaftsferner oder die Wissenschaft politikferner geraten wäre: Tatsächlich mobilisieren Parlamente und Regierungen mehr wissenschaftliche Expertise als jemals zuvor; und wissenschaftliche Experten jedweder Couleur suchen die politische Öffentlichkeit, um ihre Meinung darzulegen. Doch die Zeiten, in denen unter allgemeiner öffentlicher Beachtung ein Oskar Negt auf einem großen Gewerkschaftskongress über die Geschichte und Perspektiven der Arbeitnehmermitbestimmung spricht, scheinen ebenso unwiderruflich verloren zu sein wie die, in denen ein Jürgen Habermas zusammen mit einem sozialdemokratischen Bundesgeschäftsführer dem deutschen Bürgertum in einem weit verbreiteten Debattenband die Leviten liest. Allein, es fehlt nicht nur an solchen Ausgangspunkten, die politischen Diskursen Auftrieb und Richtung verschafften, es fehlt auch an geeigneten Kommunikationsmitteln.

Das Fernsehen liebt bewegte Bilder und sendet daher eher berauschte ParteiAnhänger als geistig bewegende Grundsatzzreden. Das untereinander rivalisierende, aber sich aufeinander beziehende Geflecht aus progressiven Zeitungen und Zeitschriften hat sich derweil gelichtet und an Auflagen und Reichweiten verloren, ohne dass dies bislang durch Internetforen kompensiert werden konnte. Zudem folgen die politischen Zeitschriften dem beschleunigten Rezeptionsverhalten der Leser. Hielten sich früher gewisse Themen über Monate und wurden in allerlei Facetten von mehreren Autoren beleuchtet, bis sie auch auf eine langsamere Parteiöffentlichkeit wirken konnten, so sind heute politische Themen ausdiskutiert und abgelöst, wenn sie diejenigen in den Parteien erreichen,

die an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken sollen.

Die strategischen Debatten werden hingegen tunlichst in Beraterzirkeln und kleinen Gremien gehalten, so dass es nicht nur eine Entkopplung von gesellschaftspolitischen und innerparteilichen Diskursen, sondern zu einer Erkaltung des politischen Diskurses insgesamt kommt, womit die weitere Schwächung der repräsentativen Demokratie einhergeht.

In dieser Situation ist es kein Zufall, dass in den einschlägigen Zeitschriften, den Feuilletons großer Zeitungen und an den Universitäten eine internationale De-

batte über das politische Vermächtnis des Historikers Tony Judt für die westliche Linke läuft, die sozialdemokratischen Gremien ihre Agenda-Zeit aber sehr taktisch und national enggeführt aufarbeiten. Und es ist auch kein Zufall, dass der einzige Sozialdemokrat, der eine landesweite politische Debatte auslösen konnte, dies mit einer rechtspopulistischen Alarmschrift tat, deren harte Kost an pseudowissenschaftlichen Befunden 14 Auflagen überstieg, über eine Million Leser erreichte und die Stammtische ebenso wie das Akademiepublikum erregte.

Allein dies beweist, wie weit die Sozialdemokratie noch davon entfernt ist, die Lufthoheit über den Stammtischen zu erringen und die Fähigkeit aufzubringen, den politischen Diskurs der Gesellschaft nachhaltig zu beeinflussen. Beide Beispiele weisen allerdings auch darauf hin, dass diese strukturelle Schwäche nicht allein auf eine Veränderung der politischen Kultur oder auf einen Erosionsprozess des sozialdemokratischen Milieus zurückzuführen sind. Denn den Grünen ist es mit weit weniger Ressourcen gelungen, zu einem Sprachrohr des progressiven Lagers aufzusteigen und der öffentlichen Meinung einen Stempel aufzudrücken und dies, indem sie im Namen einer gesellschaftlichen Strömung sprechen, die beansprucht, eine neue politische Richtung vorzugeben.

Kontroversen, brisante Themen, internationale Debatten

Die Frage, die sich für die Sozialdemokratie demnach so drängend stellt ist, wie sie die Fähigkeit zurückgewinnt, gesellschaftspolitische Themen in einem sozialdemokratischen Diskurs so zu bearbeiten, dass diese nicht versickern, indem sie in Sprachregelungen unkenntlich gemacht und belanglos werden. Dazu braucht sie drei Dinge: *Erstens* muss sie begreifen, dass das politische Handwerk nicht al-

lein aus Taktik auf parteipolitisch engstem Raum besteht. Sie muss wieder lernen, Kontroversen produktiv auszutragen und politische Debatten zu führen, die an ein erwachsenes Publikum gerichtet sind.

Zweitens muss sie den Mut aufbringen, brisante Themen, die auf der Straße liegen, aufzugreifen bevor sie von anderen eingebracht werden. So ist eine nachvollziehbare sozialdemokratische Strategie gegen die Überschuldung der öffentlichen Hände bislang nicht zu erkennen. Die einen loben die Schuldenbremse, die anderen kritisieren sie; die einen betreiben eine restriktive Finanzpolitik gegen die Schulden von heute, die anderen eine Präventionspolitik gegen die Schulden von morgen. Von einer aufrichtigen Diskussion, die auch andere lohnenswert finden, ist dies ebenso weit entfernt wie davon, die Sozialdemokratie bei der ernsthaften Bearbeitung eines strukturellen Problems sichtbar zu machen, das nach den Einbrüchen in das Wirtschafts- und Finanzsystem immer stärker allgemeine Aufmerksamkeit gewinnen wird.

Drittens sollte die SPD den Willen aufbringen, an internationalen Debatten zu partizipieren. Einer Debatte über den »Dritten Weg« hatte sie sich verweigert, indem sie das Schröder-Blair-Papier tabuisierte. Zur Zeit läuft die Diskussion über Glück und Gleichheit vollkommen an ihr vorbei. Was für eine, wenn nicht eine solche internationale Diskussion sollte sie in den politischen Diskurs der Bundesrepublik einführen?

Politisch sprachfähig zu sein bedeutet somit mehr als ein unangenehmes Thema elegant umschiffen zu können. Parolen ersetzen keine Botschaften und auch der noch so gekonnt gesetzte Nadelstich gegen den politischen Gegner kann eine Strategie zur Gewinnung der politischen Meinungsführerschaft dauerhaft nicht ersetzen. Die Debatte über einen Neuen Fortschritt bietet hier eine große Chance; nicht die letzte, aber die nächste.